

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

Einigkeit und Recht und Freiheit

Offene Denkschrift des Virtuellen Netzwerks der CDU Hessen

– Entwurf, Stand 06.09.18 –

www.virnet.de

Geht die Ära Merkel zu Ende? Und wie erreichen wir, daß CDU/CSU auch danach noch die stärkste politische Kraft in Deutschland und Hessen sind und Regierungsverantwortung in Bund und Land tragen? Unsere Partei bedarf dringend der Erneuerung. Das Virtuelle Netzwerk der CDU Hessen leistet hiermit einen inhaltlichen Beitrag für die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm. Wir wollen einen mit Richtung, Ziel und Glaubwürdigkeit auf allen Ebenen versehenen Prozeß, der weitere Agonie in Staat, Gesellschaft und Partei vermeidet. Wir laden alle Mitglieder der CDU Hessen ein, sich an unserer Arbeit zu beteiligen und sich im Virtuellen Netzwerk zu engagieren:

<https://www.virnet.de/service/mitmachen/>

Einigkeit

Einigkeit ist Harmonie im Denken und Fühlen einer Gemeinschaft und Voraussetzung für gemeinsames Handeln. Wo Einigkeit herrscht, herrscht im Innern auch Sicherheit. Diese Einigkeit war einmal ein besonderes Merkmal unserer Nation und bescherte uns das Wunder der friedlichen Revolution und Wiedervereinigung. In den vergangenen

Entwurf

34 Jahrzehnten jedoch ist sie durch geistige Verunsicherung und fehlende Integration
35 verlorengegangen.

36 Jede Generation hat ihre große politische Aufgabe, und die unsrige stellt sich jetzt. Wir
37 wollen uns von 1989 inspirieren lassen und mit Freude und Gefäßtheit wiederum auf
38 friedlichem Wege den demokratischen Wandel vollziehen. Absolute Klarheit und
39 Ehrlichkeit im Denken, Sprechen und Handeln sind jetzt gefragt – in der Politik wie in
40 der medialen Berichterstattung. Dabei grenzen wir uns in aller Deutlichkeit gegen
41 rechtsextreme Positionen ab. Gesunder Patriotismus ja – Rassismus, Nationalismus, Haß
42 und Hetze dezidiert nein!

43 Einigkeit unser Ziel, und das gilt in besonderem Maße für die Integration von Ausländern.
44 Einigkeit durch Integration ist keine Einbahnstraße und verlangt kulturelle Anpassung
45 und Toleranz gleichermaßen. Multikulturelle Traumwelten, Parallelgesellschaften und
46 Ghettos sind davon das Gegenteil. Wer sich in Deutschland aufhält, tut dies freiwillig und
47 paßt sich an die einheimischen Gepflogenheiten und Werte an – wie in jeder zivilisierten
48 Gesellschaft der Welt.

49 Unsere kulturelle Aufnahmefähigkeit ist dabei umso stärker begrenzt, je mehr wir selber
50 durch Zweifel und Störungen unserer nationalen Identität verunsichert sind. Fremde
51 werden dort leichter integriert, wo einheimische Identität noch gut ausgeprägt, natürlich
52 und unverkrampft ist. Zum Schutz unserer Identität und im bewußten Interesse der vielen
53 Millionen gut integrierten Bürger ausländischer Herkunft ist weitere Zuwanderung
54 prinzipiell zu beenden. Mit folgenden zwei Ausnahmen: Erstens Asyl vor erwiesener,
55 tatsächlicher politischer Verfolgung als persönliches Grundrecht. Zweitens qualifizierte
56 Einwanderung in unserem kulturellen und vor allem ökonomischen Interesse. Diese
57 beiden grundverschiedenen Sachverhalte als „Spurwechsel“ generell zu verquicken,
58 zeugt von begrifflicher Verwirrung.

59 Für die Einigkeit in Deutschland ist das dramatische Anwachsen ethnischer und religiöser
60 Minderheiten mit der Tendenz zur Abgrenzung und Ablehnung unserer Werte
61 hochproblematisch. Die seriös prognostizierte Aussicht auf ca. 17 Millionen Muslime in
62 Deutschland bis zur Mitte des Jahrhunderts ist nur unter der Prämisse der Integration
63 hinnehmbar und würde andernfalls den nationalstaatlichen Charakter unseres Landes
64 irreparabel schädigen. Ein aufgeklärter Islam kann neben und gemeinsam mit einem
65 aufgeklärten Christentum und Judentum in Deutschland ohne Frage koexistieren. Ein
66 radikaler und extremistischer Islam keinesfalls. Fehlanreize zur fortlaufenden
67 Einwanderung und zum demographischen Wachstum nicht integrierter

68 Bevölkerungsgruppen, wie dies aktuell durch Kindergeld und andere Sozialleistungen
69 geschieht, müssen abgestellt werden. Derartige Zuwendungen sollten an meßbaren
70 Integrationserfolg geknüpft sein; für alle anderen Fälle sind Sachleistungen ausreichend.
71 Einigkeit und Solidarität nämlich sind zwei Seiten einer Medaille. Nur so behält der
72 Wohlfahrtsstaat mit möglichst maximalem Schutz vor Ausbeutung und unbilliger Härte
73 einen Sinn für die Nation und wird nicht zur Plünderung freigegeben.

74 Wir müssen die Massenzuwanderung nicht nur beenden, sondern auch Anreize zur
75 Heimkehr setzen. Die fatalistische Duldung von Ausländern ohne dauerhafte
76 Aufenthaltserlaubnis bei fehlender Integration ist für beide Seiten ein unhaltbarer
77 Zustand. Integration aber kann nur erfolgen, wenn der legale Aufenthalt geklärt und von
78 Dauer ist. Wie gelingt Integration? Vor allem durch Arbeit (notfalls staatlich organisiert),
79 Bildung und kulturgeprägte Normensetzung. Fälle von Integrationsverweigerung haben
80 konsequent zur Abschiebung zu führen, insbesondere bei Straftaten. Auch an die eigene
81 Nase müssen wir uns fassen, denn eine tiefgehende, erfolgreiche Integration führt in
82 jedem Einzelfall zu einem beeindruckenden Niveau an staatsbürgerlicher Erweckung, das
83 auch für alteingesessene Landsleute vorbildlich ist.

84 Das Vordringen von Minderheiten hingegen, nicht nur religiös oder ethnisch definiert,
85 untergräbt die Einigkeit in Deutschland. Statt eines Volkes gibt es bald nur noch Gruppen.
86 Diese Gruppen halten sich von der Allgemeinheit oder von anderen Gruppen für bedroht
87 und beanspruchen die moralische Lufthoheit – im linken wie im rechten Spektrum. Eine
88 solche, medial überrepräsentierte Hypermoral hat unsere Einigkeit aggressiv zersetzt.

89 Als Partei wollen wir hingegen wieder Wert legen auf alles, was Einigkeit stiftet:
90 Tradition und Brauchtum, Werte und Tugenden sowie unsere nationale und regionale
91 Identität. Die Vermittlung unserer Werte geschieht zuallererst in den Familien. Ohne Ehe
92 und Familie gibt es kein moralisches Fundament. Als Konservative betonen wir
93 unauflösliche Beziehungen – weil es ohne sie keine Einigkeit und keine Gemeinschaft
94 gibt. Ehe, Familie, Volk, Nation, Geschlecht, Religion, Herkunft. Das sind Naturzustände
95 und endgültige Bindungen, die man nicht einfach nach Belieben wechselt. Neben den
96 Familien werden unsere Werte in vielen Formen der Gemeinschaft gelebt und durch diese
97 vermittelt, darunter Vereine, Kirche und Schule. Wir fordern in diesem Zusammenhang
98 auch die Rückkehr zur Wehrpflicht für Männer sowie einen freiwilligen Dienst für
99 Frauen. Wehr- und Ersatzdienst sind die Schule der Nation und sollen insofern auch den
100 Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft begünstigen. Auch wenn das ein ungewohnter
101 Gedanke ist, sollten wir nach französischem Vorbild durchaus gesonderte Einheiten für

102 Fremdstämmige aufstellen, die durch den militärischen Dienst an unserem Land einen
103 besonders ehrenhaften Weg in die Nation finden.

104 Bei der Staatsbürgerschaft sind wir strikt für die Rückkehr zur Optionspflicht. Die
105 Ausweitung mehrfacher Staatsangehörigkeiten und somit multipler Loyalitäten war ein
106 fataler Fehler und trägt massiv zur Uneinigkeit bei. Wer die Zugehörigkeit zur Nation
107 verramscht wie einen Artikel im Schlußverkauf, entwertet die Gemeinschaft insgesamt.
108 Das Volk ist nie gefragt worden, ob es in einer multiethnischen Gesellschaft leben
109 möchte. Daher müssen wir wieder behutsam und verantwortungsvoll mit der Vergabe der
110 Staatsbürgerschaft umgehen und den Neubürgern ihren Schritt in unsere Gemeinschaft
111 zu einem bedeutsamen und freudigen Ereignis werden lassen.

112 Ohne Einigkeit verfallen wir nach jahrelanger Lethargie nunmehr in Agonie. Erst wurde
113 das Volk sediert, nun aber brechen Konflikte auf, die sich zu ernsthaften Unruhen
114 auswachsen können. Nur wenn wir Deutsche unsere Einigkeit bei wachem Bewußtsein
115 neu entdecken, erlangen wir Ruhe und Gewißheit sowie unsere Fähigkeiten und unser
116 Selbstvertrauen zurück und können uns auch wieder in grundsätzlicher Art höheren
117 Zielen widmen. Dazu zählt allen voran die friedliche Einigung Europas und die
118 Behauptung seiner Normen und Werte in einer zunehmend unsicheren Welt.

119

120

121 **Recht**

122

123 Die Aufgabe des Staates ist es, zuallererst für die Interessen der eigenen Bürger
124 einzustehen und ihr zeitliches Wohl zu fördern. Zur Erfüllung seiner Aufgabe hat der
125 Staat sich das Recht als wichtigstes Instrument erschaffen. Die Vernunft ist die Wurzel
126 des Rechts. Dieses erfüllt das Bedürfnis nach fester Regulierung der sozialen und
127 ökonomischen Verhältnisse im Volk anhand von Gesetz und Rechtsprechung. Vor dem
128 Gesetz sind alle Bürger gleich. Daher sollte es nicht sein, daß große Konzerne wenig
129 Steuern zahlen, kleine Leute dafür um so mehr. Oder daß Kindergeld an Kinder fließt,
130 die gar nicht da sind. Oder daß der Rechtsstaat seine Autorität verliert, weil er der
131 islamistischen Gefährdung nicht mit der notwendigen Entschlossenheit entgegentritt.

132 Statt Gleichheit vor dem Gesetz herzustellen, hat man der Gleichmacherei gefrönt. Das
133 schlimmste Defizit am Rechtsstaat jedoch ist seine mittlerweile ins Bodenlose gesunkene
134 Durchsetzungskraft. Wenn Straftäter nicht mehr bestraft werden, verliert der Staat in den
135 Augen seiner Bürger an Legitimität. Wenn mitten in Hamburg gebrandschatzt oder mitten

136 in Chemnitz der Hitlergruß gezeigt wird, dann steht es schlecht um den Staat als
137 Ordnungsmacht. In den Augen vieler ist er zur Lachnummer verkommen. Der Staat muß
138 sich wieder Respekt verschaffen, der insbesondere auch seinen Amtsträgern mit und ohne
139 Uniform gebührt. Die Inflationierung von Recht hat zu dessen Aushöhlung geführt. Wir
140 brauchen weniger aber besseres Recht in wichtigen Bereichen und mit aller Konsequenz,
141 statt der immer und überall überlasteten Parlamente, Verwaltungen und Gerichte.
142 Unsere Sozialkultur ist regelbasiert, und dies hat zu jener großen Stärke an Planung und
143 Organisation geführt, die unser Gemeinwesen früher ausgezeichnet haben. Die hohe
144 Bedeutung von Regeln gehört zu einem konstitutiven Element der deutschen Kultur und
145 muß zurückerlangt werden – auch und gerade gegenüber Kulturfremden und nötigenfalls
146 mit Hilfe von angemessenen und wirkungsvollen Sanktionen. Was der Gemeinschaft
147 schadet, wird von dieser nicht als gerecht empfunden. Nicht nur das Individuum hat
148 Rechte, Rechtsansprüche und Pflichten, sondern auch die Gemeinschaft. Im
149 Gesellschaftsvertrag entsteht mehr als die Summe aller Teile. Der Staat hat für Sicherheit,
150 Recht und Ordnung zu sorgen, und dafür tritt das Individuum jegliche Gewaltanwendung
151 an ihn ab. Das Gleichgewicht aus Rechten und Pflichten wird durch seine Qualität
152 definiert, nicht durch die Quantität an Regeln und Verboten. Im Gegenteil, das Übermaß
153 an Regulierung ist ein untrügliches Zeichen des Niedergangs.
154 Das höchste individuelle Recht ist dasjenige auf unversehrtes Leben. Obgleich wir das
155 Christentum im Namen unserer Partei führen, lassen wir zu, daß jährlich hunderttausende
156 Kinder in Deutschland vor ihrer Geburt getötet werden, schlimmer als in jedem Krieg. Es
157 gibt aber keine Rechtfertigung im Unrecht, keinerlei Richtig im moralisch grundsätzlich
158 Falschen. Der Staat muß sich darum kümmern, daß Mütter und Väter nicht alleine
159 gelassen oder unter Druck gesetzt werden, ihre ungeborenen Kinder töten zu lassen.
160 Es gibt überdies ein Recht auf freie geistige Entfaltung. Ein Staat, dessen Schulen nicht
161 einmal mehr verlässlich für ausreichende Kenntnisse beim Lesen, Schreiben und Rechnen
162 sorgen, geschweige denn einen kulturbezogenen Kanon an Bildung und Kunst vermitteln
163 und ihre Schüler zur Leistung anspornen, gehört reformiert. In der Bildung ist zudem
164 Wert zu legen auf Erfahrung, Erlebnis, Gemeinschaft und Begegnung. Die digitale Welt
165 ist keine reale, bei aller Bedeutung neuer Technologien. Auch an den Universitäten sind
166 wir weit von früherer Höhe entfernt und viel zu lange irgendwelchen Ideologien und
167 Moden nachgelaufen. Gelehrsamkeit und Fächer, die vor über hundert Jahren maßgeblich
168 ihren Ursprung in Deutschland hatten, verlieren dramatisch ihre Lehrstühle und sterben

169 aus. Wie zu Zeiten der Preußischen Staatsreform ist das Bildungswesen auch jetzt
170 zentraler Bestandteil der notwendigen Erneuerung.

171 Die nachwachsende Generation hat nicht zuletzt ein Recht auf materielle Substanz. Es
172 geht nicht an, ihr einen Berg von Schulden zu hinterlassen, einen Wohlfahrtsstaat, der
173 nicht durchfinanziert ist, sowie die Folgen einer ideologischen Energiepolitik, die den
174 ökonomischen Ast absägt, auf dem wir sitzen. Insbesondere die Rentenpolitik belastet die
175 nachfolgende Generation zugunsten der heutigen, ohne daß diese danach verlangt hätte.
176 Wir kritisieren die rein profitorientierte Industrialisierung der Landwirtschaft und
177 befürworten eine Rückbesinnung auf wahres Bauerntum.

178 Die Europäische Union ist der in vielen Politikbereichen maßgebliche Rechtsraum für
179 das heutige Deutschland. Auch hier müssen das Wohl der Bürger und die Gleichheit vor
180 dem Gesetz gelten. Der deutsche Steuerzahler soll nicht für verfehlte Haushaltspolitik
181 oder marode Banken in der Zuständigkeit anderer Staaten belastet werden. Der
182 Ausverkauf an südeuropäische Eigeninteressen oder gar an die Belange der
183 internationalen Hochfinanz sind umgehend zu beenden. Verluste sind in kaufmännischer
184 Ehrlichkeit durch die Verursacher und Risikonehmer zu tragen und nicht auf die
185 Allgemeinheit abzuwälzen.

186

187

188 **Freiheit**

189

190 Einigkeit und Recht definieren die Grenzen der Freiheit nach innen wie nach außen. Es
191 gibt im Innern nicht die Freiheit, andere Menschen oder die Gemeinschaft zu schädigen
192 bzw. auszunutzen. Unser Rechtsraum benötigt aber auch nach außen Schutz und Grenzen.
193 Der Staat hat seine Grenzen zu schützen, und wir fordern die Wiederaufstellung des
194 Bundesgrenzschutzes, der erst dann in eine europäische Zukunft münden sollte, wenn der
195 Schutz der Bundesgrenze gewährleistet ist.

196 Wir fordern außerdem mit Nachdruck die Wiederherstellung von Deutschlands äußerer
197 Sicherheit und Wehrfähigkeit. Unserer Bundeswehr muß zunächst ihre Würde und
198 Selbstachtung zurückgegeben werden. Sodann benötigt sie ein neues militärisches
199 Grundverständnis. Dazu gehören eine Rückbesinnung auf soldatische Werte und
200 Traditionen sowie ein Ende der hysterischen Fixierung auf politische Korrektheiten und
201 unsoldatische Maßstäbe. Unser Militär soll bestmögliche und moderne Ausrüstung
202 erhalten – soweit möglich aus heimischer Rüstung im europäischen Verbund, in

Entwurf

203 begründeten Ausnahmen (z.B. F-35) auch aus amerikanischer Produktion. Dabei geht
204 Ausrüstung vor Aufrüstung; der politisch herbeigeführte Notstand an Material ist mit aller
205 Vordringlichkeit zu beheben. Dazu ist die deutsche Rüstungsindustrie zu stärken und zu
206 erhalten, insbesondere durch regelmäßige und größere Aufträge, damit die
207 Exportabhängigkeit der Unternehmen reduziert wird. In Schlüsselbereichen muß der
208 Staat zu einer Beteiligung an Rüstungsunternehmen bereit sein. Nur so kann Deutschland
209 seine strategische Unabhängigkeit und Souveränität bewahren.

210 Unsere Sicherheit verlangt einen massiven Aufwuchs im Bereich der
211 Landesverteidigung, d.h. die flächendeckende Wiederaufstellung von
212 Heimatschutzbataillonen mit Hilfe der Wehrpflicht und einer infanteristisch
213 ausgebildeten Reserve. Diese Einheiten dienen primär dem Objektschutz und der
214 Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei Großlagen, welche die zivilen Kräfte
215 überfordern. Dafür muß auch der Einsatz der Bundeswehr im Innern geregelt werden.
216 Vor allem aber bedürfen unsere Streitkräfte einer tiefgreifenden Reorganisation inklusive
217 der Wiederaufstellung eines richtigen und intellektuell absolut hochkarätigen
218 Generalstabs, um eigenständige Führungsfähigkeit herzustellen und um neue
219 Technologien durch eine grundlegende Neuerung militärischer Taktik so genial
220 aufzugreifen, wie das in der deutschen Militärgeschichte mehrfach trotz widriger
221 Umstände und knapper Ressourcen gelungen ist.

222 Der nukleare Schutz durch die USA ist für uns unabdingbar, solange eine europäische
223 Abschreckung durch Kernwaffen utopisch ist. Angesichts der neuen geopolitischen
224 Realität ist eine strategische Definition der Rolle Deutschlands und seiner Interessen in
225 der Welt fällig. Nur auf dieser Grundlage können wir mit unseren Verbündeten
226 gemeinsam agieren. Hierzu gehört auch die Energiepolitik, die durch Alleingänge gegen
227 unser eigenes Interesse unnötig belastet worden ist – sowohl in strategischer als auch
228 ökonomischer Hinsicht.

229 Die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration gehört wesentlich zu der von
230 Deutschland genossenen Freiheit. Die friedliche Einigung Europas als historische
231 Errungenschaft ist zu erhalten und auszubauen – allerdings nicht gegen
232 volkswirtschaftliche Einsicht und unsere ökonomischen Interessen. Der Zuwachs an
233 europäischen Transfers und Haftungszusammenhängen könnte nur verantwortet werden,
234 wenn im Gegenzug auch die politische Einigung Europas fortschritte und soweit die
235 Völker Europas die Bereitschaft entwickelten, eine bundesstaatliche
236 Gemeinschaftsstruktur aufzubauen. Bis dahin aber ist ein ehrliches Bekenntnis zum

Entwurf

237 Europa der Vaterländer besser als eine schleichende Unterhöhnung der Nationalstaaten
238 und ihrer demokratischen Legitimität durch Brüssel.
239 Konstitutives Element der Freiheit ist das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses hat,
240 anders als in der nun zu Ende gehenden Epoche, fortan auch wieder im politischen
241 Diskurs zu gelten, nicht zuletzt innerparteilich. Sprechverbote sind Denkverbote. Auf
242 politische Korrektheiten kann man keine Demokratie aufbauen. Sprachlose
243 Geschlossenheit der Partei schafft kein Vertrauen im Volk – das belegen die aktuellen
244 Umfragewerte. Im politischen System insgesamt und im Innern unserer Partei muß
245 wieder das Prinzip des Wettbewerbs gelten, in dem sich die besten Ideen und Köpfe
246 durchsetzen statt des geistigen und personalen Kartells, das uns augenblicklich
247 beeinträchtigt. Wir predigen Mut zur Freiheit im politischen Diskurs, der für unser Land
248 in geistiger Hinsicht so wichtig ist wie die wirtschaftliche und unternehmerische Freiheit
249 für unseren Wohlstand. In dieser Freiheit fordern wir: Deutschland soll wieder von
250 Patrioten regiert werden – von Politikern, die unser Land und Volk lieben. Die Zeit ist
251 reif.

252

253

254 Wiesbaden, den 6. September 2018

255 Virtuelles Netzwerk der CDU Hessen

256 Vorsitz: Dr. Martin Heipertz

257

258

259

260 **Machen Sie mit! Bitte melden Sie sich an unter**

261 <https://www.virnet.de/service/mitmachen/>